

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Josef Moser, MBA

Präsident der AK Oberösterreich

Direktor der AK Oberösterreich

**Gerechter verteilen. Sozialstaat verbessern.
Arbeitnehmerrechte stärken!**

**AK-Forderungen an die
zukünftige Bundesregierung**

Pressekonferenz
am Montag, 2. September 2019, um 9:30 Uhr
Arbeiterkammer Linz

Gerechter verteilen. Sozialstaat verbessern.

Arbeitnehmerrechte stärken!

Die letzte Bundesregierung hat wie keine zuvor die Arbeitnehmer/-innen und ihre Interessenvertretungen von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.

Die AK Oberösterreich fordert von einer zukünftigen Bundesregierung eine Politik, die auf Dialog statt auf kompromissloses Durchpeitschen von Gesetzen setzt und die den Anliegen der Arbeitnehmer/-innen höchste Priorität einräumt. Sie sind es, die das Land täglich am Laufen halten und daher gebührt ihnen ein gerechter Anteil am gemeinsam erwirtschafteten, soziale Sicherheit und ein Mitspracherecht bei allen politischen Entscheidungen, die ihre Interessen betreffen.

Eine neue Bundesregierung muss deshalb die Arbeitslosigkeit bekämpfen, die Kaufkraft stärken, die soziale Sicherung inklusive staatlicher Pensionen erhalten, Bildungschancen ausbauen und Maßnahmen setzen, die den wachsenden Druck reduzieren, unter dem viele Arbeitnehmer/-innen in der Arbeitswelt leiden. Drastische, armutsverschärfende Einschnitte in die Soziale Sicherheit, wie die neue Sozialhilfe (vormals Mindestsicherung) sind zurückzunehmen. Ebenso müssen die Machtverschiebungen von den Arbeitnehmern/-innen zu den Unternehmern/-innen inkl. der Zerschlagung der Krankenkassen rückgängig gemacht werden.

Im Folgenden sind die wichtigsten Forderungen der AK Oberösterreich für Arbeitnehmer/-innen zusammengefasst.

Steuersystem für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Steuern und Abgaben sind eine wichtige Finanzierungsgrundlage unseres Gemeinwesens. Die alte türkis-blaue Regierung wollte dennoch die Steuern- und Abgabenquote massiv senken, u.a. durch die geplante milliardenschwere Reduzierung der Gewinnsteuern. Solche Geschenke entbinden Großkonzerne ihrer Verantwortung für die Mitfinanzierung unseres Gemeinwesens und wichtiger Zukunftsinvestitionen. Soziale Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der Abgabenquote ablesen, sondern an der Verteilung des Steueraufkommens. Die längst notwendigen steuerlichen Entlastungen der Arbeitnehmer/-innen müssen deshalb durch Millionärssteuern gegenfinanziert werden.

Künftige Steuerentlastungen müssen so verteilt werden, dass die Arbeitnehmer/-innen zumindest 80 Prozent des gesamten Entlastungsvolumens erhalten. Denn genau das ist der Anteil, den Arbeitnehmer/-innen und Pensionisten/-innen aktuell an allen Steuern leisten. Bekommen sie weniger, wird die Schieflage im österreichischen Steuersystem weiter zu ihren Ungunsten verschärft. Um Klimaziele zu erreichen, sind ebenfalls Maßnahmen im Steuersystem nötig, die sozialverträglich sind und nicht auf Kosten der Arbeitnehmer/-innen gehen.

Forderungen

- **Umschichtungen im Steuersystem zur Entlastung des Faktors Arbeit.**
Stichworte: Senkung der Lohnsteuer (mit besonderem Fokus auf kleine und mittlere Einkommen und Ausgleich der kalten Progression), Wohnbonus (siehe S. 9), Wertschöpfungsabgabe.
- **Höhere Steuerbeiträge von Vermögenden.** Zur Deckung großer Finanzierungsbedarfe wie in der Pflege braucht es eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro, eine Erbschafts- und Schenkungssteuer für Reiche und auf EU-Ebene eine Finanztransaktionssteuer.
- **Sozial-ökologische Ausrichtung künftiger Steuerreformen.**
- **Effektiver Kampf gegen nationale und internationale Steuertricks.**

Arbeitslosigkeit verringern - Soziale Sicherung stärken - Arbeitsplätze für (benachteiligte) Arbeitslose schaffen

Das Ziel der Vollbeschäftigung - mit besonderem Augenmerk auf benachteiligte Gruppen wie Ältere, Jugendliche und gesundheitlich Beeinträchtigte - muss wieder im Regierungsprogramm verankert werden. Denn die Arbeitslosigkeit (insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit) ist inakzeptabel hoch. Angesichts der abflauenden Konjunktur wird sich die Situation noch verschärfen. Es sind daher verstärkt arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Impulse notwendig. Anstatt den Arbeitsuchenden Arbeitsunwilligkeit und individuelles Versagen vorzuwerfen, soll die neue Regierung wirksame Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit setzen und die Existenzsicherung von Arbeitslosen verbessern.

Forderungen:

- **Neuaufgabe und Ausweitung der Job-Aktion 20.000 für Ältere.**

- **Einführung eines Bonus-Malus-Modells**, sodass Ältere verstärkt von Betrieben bis zum Regelpensionsalter beschäftigt oder wiedereingestellt werden.
- **Verbesserung der Existenzsicherung von Arbeitslosen** durch Anhebung und Verlängerung des Arbeitslosengeldes sowie Erhalt der Notstandshilfe
- **Rücknahme der Kürzung von Ausbildungsbeihilfen für junge Erwachsene.**
- **Zugang für junge Asylwerber/-innen zur Lehrausbildung.**
- **Bekämpfung des „Zwischenparkens“ von Arbeitnehmern/-innen beim AMS**, indem Betriebe die Kosten im ersten Monat der Arbeitslosigkeit übernehmen müssen.
- **Mehr Mittel für Qualifizierung Arbeitsuchender** und zur Aufstockung des AMS-Personals.
- **Neues Qualifizierungsgeld für Menschen in Beschäftigung und bei Arbeitslosigkeit** zur besseren Absicherung bei langer Aus- und Weiterbildung.

Sozial-ökologische Investitionen und Mobilität

Eine sozial-ökologische Zukunft braucht Schritte in der Gegenwart. Einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Emissionen ist der Verkehr. Damit Einzelne einen Beitrag zur Verkehrsreduktion leisten können, braucht es aktiv Unterstützung durch politische Gestaltungsmaßnahmen.

Forderungen:

- **Sozial-ökologisches Konjunkturpaket.** Investitionen in öffentlichen Verkehr, Wohnbau, Kinderbetreuung und Pflege – Synergieeffekt: neue Arbeitsplätze.
- **Öffentlichen Verkehr ausbauen und attraktiveren.** „Öffis“ müssen flächendeckend und für die berufliche Mobilität attraktiver gemacht werden.
- **Preisgünstiges, bundesweit gültiges Öffi-Ticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel.** Das stellt auch im Freizeitverkehr eine attraktive Alternative dar.
- **Schaffung eines österreichweiten Verkehrsverbundes** und radikale Vereinfachung des gesamten Tarifsystems im öffentlichen Verkehr.

- **Gerechtigkeit im Berufspendelverkehr durch Umbau der Pendlerpauschale** in eine von der Entfernung abhängige Direktzahlung.
Der derzeitige Steuerfreibetrag benachteiligt Bezieher/-innen mittlerer und kleiner Einkommen.

Das umlagebasierte gesetzliche Pensionssystem absichern!

Unser gesetzliches Pensionssystem steht auf nachhaltigen, stabilen Beinen. Betriebs- und Privatpensionen sind keine sichere Alternative. Eine Parlamentarische Bürgerinitiative der AKOÖ fordert daher eine verfassungsmäßige Absicherung der Grundbausteine unseres gesetzlichen Pensionssystems.

Forderungen

- **Verfassungsrechtliche Verankerung des gesetzlichen Pensionssystems** mit einem klaren Bekenntnis zum Umlageverfahren sowie zur Ausfallhaftung des Bundes.
- **Festhalten am Prinzip der Lebensstandardsicherung** und der Pensionsformel 65/45/80 – und zwar abschlagsfrei.
- **Zeitpfad zur Anhebung des Pensionsantrittsalters von Frauen beibehalten.**
- Angleichung der Beitragssätze der Gewerbetreibenden und der Bäuerinnen/Bauern an jene der Arbeitnehmer/-innen.
- **Wiedereinführung einer Mindestertragsgarantie sowie von Veranlagungsgrenzen für Firmenpensionen.**
- **Verbesserungen bei Invaliditätspension, medizinischer sowie der beruflichen Rehabilitation.** Versorgungslücken beseitigen und die realistischen Arbeitsmarktchancen der Betroffenen berücksichtigen. Bis diese Maßnahmen greifen, muss der restriktive Zugang zu Invaliditätspension/Rehageld wieder gelockert werden.
- **Anpassung der Schwerarbeitspension an die Arbeitsrealität.** Insbesondere:
 - Umstellung auf monatlichen (statt täglichen) Kalorienverbrauch bei der Feststellung, wann schwere körperliche Arbeit vorliegt.
 - Klarstellung, dass reine Nachtarbeit, wenn sie an mindestens sechs Arbeitstagen im Kalendermonat erbracht wird, Schwerarbeit darstellt.
 - Schwerarbeitszeiten während des gesamten Berufslebens anrechnen.
 - Zugang zur Schwerarbeitspension für Pflegekräfte deutlich verbessern.
 - Aufnahme psychischer Belastungen in die Schwerarbeitsverordnung.

Rechte der Arbeitnehmer/-innen und ihrer Vertretungen ausbauen

Bestimmte politische Kräfte wollen die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten beschneiden und die Verhandlungsposition der Beschäftigten durch eine Verlagerung der Verhandlungen von der Branchen- auf die Betriebsebene schwächen. Dort könnten die Beschäftigten viel leichter unter Druck gesetzt werden. Auch häufen sich Fälle, in denen Unternehmer/-innen die Betriebsratswahl bekämpfen.

Forderungen:

- **Wesentliche Entgeltbestandteile, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen dürfen auch künftig nur in Branchenkollektivverträgen geregelt werden.**
Firmen-Kollektivverträge würden eine Lohnspirale nach unten und Nachfrageausfälle auslösen und unseriösen Firmen Wettbewerbsvorteile verschaffen.
- **Zutritts-, Informations- und Einberufungsrechte der Gewerkschaften in den Betrieben ausbauen.**
- **Möglichkeit, über Betriebs- und Unternehmensgrenzen hinweg Belegschaftsorgane zu wählen (Einkaufszentren, Firmen-Cluster ...).**
- **Wirksame Strafen gegen Arbeitgeber, die Betriebswahlen bekämpfen.**
- **Kündigungsschutz bereits in der Vorbereitungsphase einer Betriebsratswahl.**
- **Ausweitung der Bildungsfreistellung, des Benachteiligungsverbot sowie des Kündigungsschutzes für Betriebsräte.**
- **Senkung der Freistellungsgrenzen auf 100 Mitarbeiter/-innen.**
- **Erweiterung des Kataloges an notwendigen und erzwingbaren Betriebsvereinbarungen wie z.B. Frauenförderpläne und Antidiskriminierungsmaßnahmen.**
- **Abschaffung von Verfallsfristen unter drei Jahren im Arbeitsrecht.**
- **Informationspflicht bei Unterentlohnung:** Die Beschäftigten sollen sofort verständigt werden müssen, wenn eine Kontrolle durch Krankenkasse und Finanzamt zeigt, dass sie zu wenig Lohn oder Gehalt bekommen haben.

Arbeitsbedingungen verbessern – Arbeitszeit reduzieren

Ein modernes Arbeitsrecht, verstärkter Arbeitnehmerschutz und eine besser ausgestattete Arbeitsinspektion mit wirksamer Strafkompetenz müssen auf neue Belastungsformen reagieren. Auch viele Arbeitsunfälle wären vermeidbar, wenn es

mehr Zeit für Arbeitsplanung, weniger Druck und geringeres Arbeitstempo gäbe.

Forderungen zur Arbeitszeit:

- **Gesetzesänderungen im Arbeitszeitgesetz und Arbeitsruhegesetz zurücknehmen und unter Einbindung der Sozialpartner neu gestalten.** Das Ziel muss sein, Rechtssicherheit und die Konformität der österreichischen Arbeitszeitbestimmungen mit dem Verfassungs- sowie dem EU-Recht herzustellen.
- **Kurze Vollzeit für alle.** Normalarbeitszeit auf 35 Stunden kürzen mit Ausgleich bei Lohn und Personal. Grundsatz: je belastender, umso kürzer die Arbeitszeit.
- **Mehr Souveränität der Beschäftigten über ihre Arbeitszeit.** Rechtsansprüche auf Auszeiten, eine Woche Weiterbildung im Jahr, einen Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit, Bildungskarenz, Einschulungszeiten bei neuen Aufgaben, betriebliche Weiterbildung und Unerreichbarkeit in Freizeit und Urlaub.
- **6. Urlaubswoche nach 25 Arbeitsjahren für alle.**
- **Ein Arbeits- und Sozialrecht für neue Arbeitsformen wie Crowdfunding**
- **Karfreitag als gesetzlichen Feiertag für alle festschreiben.**

Forderungen Arbeiten und Krankheit:

- **Kündigungsschutz im Krankenstand.** Arbeitgeber/-innen sollen beweisen müssen, dass es einen anderen Kündigungsgrund gab.
- **Verpflichtendes betriebliches Wiedereingliederungsmanagement.**
- **Berufskrankheitenrecht verbessern.** Aufnahme psychischer Erkrankungen, auch bei nur teilweiser Verursachung durch die Arbeit muss der Schutz greifen.

Für ein solidarisches Pflegesystem

Die beste Pflege muss alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen zur Verfügung stehen. Eine solidarische Finanzierung erfordert eine Millionärssteuer, die auch Super-Reiche am Ausbau öffentlicher Pflegeangebote (etwa mobile Dienste) beteiligt. Und das Berufsfeld der Pflege muss deutlich attraktiviert werden.

Forderungen

- **Öffentliche Finanzierung der Pflege** durch eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro.

- **Rechtsanspruch auf professionelle Pflege für alle, die sie brauchen, über öffentliche Pflegeangebote** (z.B.: mobile Dienste, Kurzzeitpflege).
- **Abschaffung sämtlicher Selbstbehalte und privater Zuzahlungen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Pflegeleistungen.** Allein bei den mobilen Diensten machen die Selbstbehalte rund 140 Millionen Euro aus.
- **Rechtsanspruch auf Pfl egeteilzeit und Pflegekarenz.**
- **Vollständiger Ausgleich des Wertverlustes des Pflegegeldes seit Einführung.**
- **Attraktivierung der Pflegeberufe durch**
 - Erleichterung des Berufsein- und -aufstiegs und bessere finanzielle Absicherung (z.B.: Fachkräftestipendium, Bildungsfreistellungen).
 - Höhere Entlohnung und klare Einstufungen.
 - Verbindliche und ausreichende Personalausstattungsmodelle. Jeder Mehraufgabe muss auch mehr Personal folgen, neue Herausforderungen (z.B. Demenz, Demographie) müssen bewertet werden.

Verwüstungen im Gesundheitssystem rückgängig machen

Die von der alten türkis-blauen Bundesregierung beschlossene Zusammenlegung der Krankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse entmachtet die Arbeitnehmer/-innen in ihrer eigenen Sozialversicherung und wird sie viel Geld kosten. Von der versprochenen „Patientenmilliarde“ für den Ausbau öffentlicher Gesundheitsleistungen ist keine Rede mehr.

Bei der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt AUVA ist die Kürzungspolitik der ehemaligen Regierung bereits spürbar! Mit der den Unternehmen geschenkten Beitragssenkung werden bis 2023 der AUVA 600 Millionen Euro entzogen. Beiträge, die für die Kernaufgaben der AUVA fehlen.

Forderungen:

- **Rücknahme der Senkung der Unternehmerbeiträge in der Unfallversicherung.**
- **Rücknahme der Machtverschiebung zu den Unternehmen in der – den Arbeitnehmern/-innen gehörenden – Krankenversicherung.**

Sozialhilfe (bisher: Mindestsicherung) – zurück an den Start!

Die neue Sozialhilfe – mit ihren massiven Leistungskürzungen, Sanktionen und Kontrollen – wird die Lage armer Menschen in Österreich massiv verschlechtern. Besonders betroffen sind Familien mit Kindern und Menschen mit geringen Sprachkenntnissen bzw. Qualifizierungen. Bereits jetzt sind 14 Prozent bzw. 1,2 Millionen Menschen österreichweit (OÖ: 11 Prozent bzw. 153.000 Menschen) von Einkommensarmut betroffen. Darüber hinaus drohen wieder stark unterschiedliche Leistungen je nach Bundesland.

Forderung:

- **Gänzliche Überarbeitung des bestehenden Grundsatzgesetzes**, das für die Ausführungsgesetze und den Vollzug auf Bundesländer-Ebene maßgeblich ist. Ziel muss eines stabiles, „letztes“ soziales Sicherungsnetzes mit armutsfesten, österreichweit rechtlich verbindlichen Leistungen sein.

Wohnen wieder leistbar machen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Die steigenden Wohnungspreise aber belasten die Arbeitnehmer/-innen zunehmend, insbesondere jene mit geringen Einkommen. Die Mieten steigen seit Jahren schneller als Inflation, Einkommen und auch Baukosten. Die Immobilienpreise sind noch stärker gestiegen als die Mieten. Hauptursache ist die Knappheit an Wohnraum. Steigende Preise erschweren auch den gemeinnützigen Wohnbauträgern die Bereitstellung leistbaren Wohnraums.

Forderungen:

- **Soziale-ökologische Wohnbauoffensive** zur Deckung des hohen Bedarfs an leistbaren Wohnraum und zur Abfederung des Konjunkturabschwungs.
- **Steuerlicher Wohn-Bonus statt Konzern-Bonus:** 10 Prozent der Wohn-Kosten bzw. maximal 500 Euro/Jahr für Miete, Eigenheime oder Wohnraumsanierung sollen von der Steuer abgesetzt bzw. als Steuergutschrift (Negativsteuer) abbezahlt werden können.
- **Klare Mietzinsobergrenzen für möglichst alle Wohnungen.** Die Höhe von Zuschlägen muss gesetzlich klar festgelegt bzw. begrenzt werden.
- **Befristungen abschaffen.** Befristete Mietverhältnisse bedeuten für die Mieter/-innen Rechtsunsicherheit und machen sie erpressbar. Bei Eigenbedarf oder Mietrückstand kann ohnehin gekündigt werden.

- **Abschaffung der Maklerprovisionen für Mieter/-innen.** Nur die Auftraggeber, in der Regel die Wohnungsvermieter/-innen, sollen provisionspflichtig sein.
- **Höchstgrenze für Mietkautionen** von höchstens zwei Nettomonatsmieten.
- **Senkung der Betriebskostenbelastung.** Es sollen Mieterinnen nur jene Betriebskosten verrechnet werden dürfen, welche die Mieter/-innen unmittelbar verursachen (z.B. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung), nicht aber Grundsteuer, Verwaltungs- und Versicherungskosten.

Bessere Bildung und mehr Chancengleichheit auf allen Ebenen

Forderungen:

- **Gemeinsame ganztägige Schule für alle 6- bis 15-Jährigen.**
Schulstandorte mit besonderen Herausforderungen (viele Kinder aus bildungsarmen Haushalten oder mit anderer Erstsprache als Deutsch, ...) sollen nach einem Berechnungsschlüssel (Chancenindex) zusätzliche Ressourcen erhalten. Qualitätsvoller schulischer Förderunterricht soll teure Privatnachhilfe ersparen.
- **Ein sozial gerechtes Modell der Schulbeihilfen**
- **Durchlässige weiterführende Schulen.**
Ein durchlässiges Bausteinprinzip soll gegenseitige Anrechnungen und Umstiege erleichtern. Ein verbessertes Frühwarnsystem und Rückkehrschleifen für Abbrecher/-innen sollen die Drop-Out-Raten senken.
- **Qualitätssicherung in der Dualen Ausbildung.**
Teilprüfungen müssen auf die Lehrabschlussprüfung angerechnet werden. Überbetriebliche Lehrwerkstätten sollen verstärkt Betriebe unterstützen, die nicht alle Ausbildungsinhalte selbst vermitteln können. Lehrstellenförderungen sollen künftig nach Qualitätskriterien vergeben werden.
- **Bessere soziale Absicherungen und mehr Studienplätze an Hochschulen.**
Ausbau der Plätze in Studien mit hohem Bedarf an Absolventen/-innen (z.B. Medizin, Informatik). Bessere Bedingungen für berufstätige Studierende (z.B. mehr berufsbegleitende Angebote, verbesserte e-learning Angebote, keine Studiengebühr bei Überschreitung der Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester). Anhebung der Altersgrenzen bei den Stipendien auf 40 Jahre und jährliche Valorisierung der Beihilfen.

- **Aufwertung der Weiterbildung durch ein Erwachsenenbildungsgesetz.**
Gebührenfreie Nachholen von Bildungsabschlüssen und die bundesweite Anerkennung von Berufserfahrung und Kompetenzen für einen Berufsabschluss.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Forderungen:

- **Kinderbetreuungsangebote quantitativ und qualitativ ausbauen**
besonders für Unter-3-Jährige, aber auch für 3- bis 5-Jährige und Volksschulkinder; bedarfsgerechte Öffnungszeiten aller Einrichtungen.
- **Kinderbetreuungseinrichtungen nachhaltig finanzieren.** Aufgabenorientierter Finanzausgleich für die Elementarpädagogik als ersten Schritt.
- **Rechtsanspruch auf einen bedarfsgerechten Kindergartenplatz,** z.B. auf Öffnungszeiten, die übliche Normalarbeitszeiten abdecken und weniger Schließtage in den Ferien.
- **Bundesweit einheitliches Rahmengesetz für die frühkindliche Förderung**
Qualitätskriterien, die maximale Gruppengrößen, ausreichenden Personaleinsatz und Vor-/Nachbereitungs- und Administrationszeiten für die Pädagogen/–innen festlegen.

Berufliche Gleichstellung

Das Gleichbehandlungsgesetz wurde mehrfach novelliert und verbessert. Dennoch ist noch viel zu tun, um die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt voranzutreiben.

Forderungen:

- **Weiterentwicklung des Gleichbehandlungsgesetzes (GlBG).**
 - a) In den Einkommensberichten müssen die einzelnen Entgeltbestandteile – Zulagen, Überstunden, etc. aufgeschlüsselt werden. Innerbetriebliche Einkommensscheren müssen offengelegt, Maßnahmen- und Zeitpläne zur Beseitigung verpflichtend ausgearbeitet werden.

- b) Anfechtungsverfahren nach dem GIBG, wie jene nach dem Arbeitsverfassungsgesetz, von Kosten in den ersten beiden Instanzen befreien.
 - c) Die Klagsfrist für Belästigungen nach § 7 GIBG auf drei Jahre ausweiten.
 - d) Personelle und finanzielle Ausstattung der Gleichbehandlungskommission sowie der hauptamtlichen Vorsitzführung deutlich verbessern.
 - e) Den Katalog erzwingbarer Betriebsvereinbarungen für mehr betriebliche Gleichstellung und weniger Diskriminierung erweitern.
 - f) Klagerecht für Interessenvertretungen bei systematischer Diskriminierung.
 - g) Beklagte sollen den vollen Beweis dafür erbringen müssen, dass eine Entscheidung nicht auf diskriminierenden Motiven beruht.
- **Diskriminierungsfreie und transparente Arbeitsbewertung**
Belastungen in Frauenberufen werden vielfach geringer bewertet als in Männerberufen.
 - **Öffentlicher Aufträge und Förderungen an Gleichstellungs- und Frauenförderung koppeln.**
 - **Reparatur des Kinderbetreuungsgeldgesetzes:** Elternteilen, die vor Gewalt fliehen und Krisenpflegeeltern muss der Bezug von Kinderbetreuungsgeld ermöglicht wird. Der Anspruch darf nicht mehr wegen kleiner Fehler bei der Antragsstellung verloren gehen.

Den digitalen Wandel gerecht gestalten

Der digitale Wandel muss gerecht und aktiv im Interesse der Beschäftigten gestaltet werden. Neue Formen der Arbeitsorganisation, wie etwa die Plattformökonomie dürfen nicht zu ungewollter Scheinselbständigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie der Aushöhlung arbeits- und sozialrechtlicher Standards und zentraler Mitbestimmungsrechte führen.

Forderungen:

- **Nutzung der Potenziale digitaler Technologien für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen,** z.B. Arbeitnehmerschutz für mobil und im Home-Office-Beschäftigte und die Sicherung von Beschäftigung.
- **Gerechte (Steuer-)Beiträge von Digitalisierungsgewinnen und Internetkonzernen.**
- **Zugang zu neuen Technologien für alle sichern.**
- **Digitalisierungstiftungen für Arbeitnehmer/-innen einrichten.** Im digitalen Wandel brauchen Arbeitnehmer/-innen Unterstützung (von der Qualifizierung bis hin zum Angebot neuer Arbeitsplätze), ähnlich wie vom Institut für Höhere Studien (IHS) vorgeschlagen. Die AK sieht sich durch den IHS-Vorschlag in ihrer Digitalisierungsoffensive bestätigt.